

Frankreich muss Kurs halten

Frankreich ist Deutschlands wichtigster Handelspartner, noch vor den USA oder China. Deshalb ist für die deutsche Wirtschaft wichtig, welchen Kurs die neue Führung in Paris in ihrer Haushaltspolitik einschlägt. Im politischen Berlin fürchten indes viele, Präsident Hollande könnte seine Wahlversprechen einlösen und den Fokus auf die Wachstumsförderung legen, anstatt Sozialabbau und Ausgabenkürzung das Wort zu reden.

Hollandes Regierungschef Ayrault hat in der Steuerpolitik jetzt klare Alternativen zum Schäuble-Kurs vorgestellt: Höhere Steuern auf Vermögen, Erbschaften und Kapitalgewinne, Sondersteuern für Ölkonzerne und Banken, drei Prozent auf Dividenden – und ein Spitzensteuersatz von 75 Prozent ab einer Million Euro Jahreseinkommen. Öffentliche Aufgaben sollen in Frankreich wieder stärker von Beziehern hoher Einkommen und aus den Extraprofiten marktbeherrschender Unternehmen finanziert werden.

Aber die Unerbittlichkeit, mit der Bundeskanzlerin Merkel den europäischen Nachbarn ihre zum Selbstzweck gewordene Rotstiftpolitik aufzwingt, bringt auch die Franzosen ins Schwitzen. So hat sich Hollande zuletzt wiederholt dazu bekannt, Schulden zu senken und das EU-Defizitziel schon für 2013 anzustreben.

Das wird allerdings auch mit einer klugen Steuerpolitik nicht klappen. Berechnungen des französischen Forschungsinstituts OFCE zeigen, dass binnen Jahresfrist 40 bis 45 Milliarden Euro gespart werden müssten, um das Ziel zu erreichen. Schon ein Einsparvolumen von 33 Milliarden Euro würde das Bruttoinlandsprodukt um 1,5 Prozent drücken und ausreichen, um Frankreich an den Rand einer Rezession zu bringen. Und wenn Frankreich in die Rezession rutscht, so das OFCE, dann könne sich auch Deutschland dem Sog nicht entziehen.

„Eisernes Sparen“ hat in Deutschland zwar einen guten Ruf, führt aber in die Rezession und kann für den gesamten Euro-Raum eine Abwärtsspirale aus sinkenden Steuereinnahmen, steigender Arbeitslosigkeit und steigenden Sozialtransferzahlungen auslösen. Das muss verhindert werden.

Deshalb muss der französische Weg von anderen europäischen Regierungen mitgegangen werden. Haushaltskonsolidierung ist ohne höhere Einnahmen nicht machbar. Italiens Premier Monti – bekennder Marktliberaler – behauptet immerhin schon, die Steuerlasten auf Vermögen beträchtlich erhöht zu haben. Von Merkel oder Schäuble sind ähnliche Ideen nicht bekannt. Dabei hätte es gerade Deutschland nötig, endlich auch die Vermögenden an den Krisenkosten zu beteiligen (siehe Grafik). Frankreich muss bei der Steuerpolitik auf Kurs bleiben. Deutschland muss das Steuer endlich herurreißen – in Richtung mehr Gerechtigkeit!

Anteil der Gewinn- und Vermögensteuern am Gesamteueraufkommen 2008

